

18. Wahlperiode

**Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Stefanie Fuchs (LINKE)**

vom 25. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. August 2020)

zum Thema:

**Gasdruckerhöhungsstation in Müggelheim**

und **Antwort** vom 07. September 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Sep. 2020)

Senatsverwaltung für  
Stadtentwicklung und Wohnen

Frau Abgeordnete Stefanie Fuchs (Linke)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24656

vom 25.08.2020

über Gasdruckerhöhungsstation in Müggelheim

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl bemüht, Ihnen eine Antwort auf Ihre Frage zukommen zu lassen und hat daher den Bezirk Treptow-Köpenick um eine Stellungnahme gebeten, die von dort in eigener Verantwortung erstellt und dem Senat übermittelt wurde. Sie wird nachfolgend wiedergegeben.

Frage 1:

Ist dem Senat bekannt, ob auf Grund der großen Proteste eine alternative Standortsuche für die neue Gasdruckerhöhungsstation durchgeführt wird?

Frage 2:

Wenn ja, welche Alternativstandorte kommen in Frage und werden geprüft?

Frage 3:

Unter welchen Kriterien werden die Alternativstandorte geprüft?

Frage 4:

Zu welchem Ergebnis ist man bei der Prüfung der Alternativstandorte anhand der Kriterien gekommen? (Bitte einzelne Standorte anhand von Kriterien auflisten.)

Frage 5:

Wer hat die Prüfung von alternativen Standorten angeregt und durchgeführt?

Frage 6:

Wenn bisher keine alternative Standortsuche erfolgt ist: Warum ist das nicht geschehen, und ist eine Prüfung geplant?

Frage 7:

Wenn ja, wann wird die Prüfung erfolgen?

Frage 8:

Ist eine Bürgerbeteiligung bei der alternativen Standortsuche geplant?

Frage 9:  
Wenn ja, wie sieht diese aus?

Frage 10:  
Wenn nein, warum werden die Bürger und Bürgerinnen nicht in die Planung einbezogen?

Antwort zu 1 bis 10:  
Am 11.08.2020 fand ein gemeinsames Gespräch zwischen Bezirksbürgermeister Oliver Igel und Baustadtrat Rainer Hölmer, der Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg (NBB) und dem Vorsitzenden des Müggelheimer Heimatvereins (MHV) statt.

Die NBB hat eine grundsätzliche Bereitschaft bekundet, die Gasdruckregelanlage zu verlagern, soweit die in Frage kommenden Standorte geeignet sind, eine Verlagerung technisch (sinnvoll) machbar und wirtschaftlich darstellbar ist.

Es wurde vereinbart, eine mögliche Verlagerung an drei Standorte auf ihre entsprechende Eignung zeitnah zu prüfen:

- die Buswendeschleife am Gosener Damm
- die Ecke Müggelheimer Damm / Müggellandstraße
- den „alten“ Standort auf dem Dorfanger nach Rückbau des nicht mehr nutzbaren Bestandsgebäudes.

Die Prüfungen dauern noch an.

Eine Bürgerbeteiligung in diesem Prozess ist nicht vorgeschrieben. Es handelt sich hierbei um eine Unterhaltungsmaßnahme der GASAG. Der Bezirk ist lediglich Eigentümer der Flächen, auf der die alte - und bislang auch die neue - Gasdruckregelstation steht. Die GASAG muss auf der Grundlage technischer und finanzieller Vorgaben prüfen, ob und welcher der aufgeführten Alternativstandorte ausgewählt werden kann. Es wird auch seitens des Bezirkes gewünscht, dass die GASAG die Bürgerinnen und Bürger über das Prüfungsergebnis informiert.

Berlin, den 07.09.2020

In Vertretung

.....  
Senatsverwaltung für  
Stadtentwicklung und Wohnen